



Sabine Bächle-Scholz MdL

**Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort
Ausgabe November 2015**



CDU HESSEN

In welcher Zeit leben wir?

Wir bereiten uns im Advent auf die Ankunft des Herren vor und wünschen uns eine friedvolle Vorweihnachtszeit - und dann werden durch die Terroranschläge in Paris unsere Grundwerte der Menschlichkeit, Freiheit und Demokratie auf das Abscheulichste verletzt. Dort wird ein Mensch geboren und auf der anderen Seite Menschen ermordet.

Was sind die Ziele der IS? Wir leben den Respekt vor religiösen Gemeinschaften und akzeptieren diese als Teil unserer Gesellschaft. Die Mörder von Paris wollen zerstören, was uns zusammenhält, sie wollen spalten und durch Angstmacherei sich Macht verschaffen. Dem müssen wir mit Entschlossenheit entgegentreten, gemeinsam mit unseren französischen Freunden in Trost und Ermutigung. Ich denke an die Bürgerinnen und Bürger in unseren Partnerstädten, die Verbundenheit in Städtepartnerschaften; Ginsheim- Gustavsburg mit Bougenais, Raunheim mit Le Teille, Rüsselsheim mit Evreux und Kelsterbach mit Baugé, hat seit dem 14. November eine besondere Intensität bekommen.

Die Anschläge zeigen aber auch die Herausforderung an unsere Gesellschaft, an Europa. Die Europäische Gemeinschaft hat ihre Daseinsberechtigung, denn nur gemeinsam, über die Grenzen hinweg und im einheitlichen Konzept können wir den Terror bekämpfen und Sicherheit gewährleisten.

Darüber hinaus sollten wir den Dialog mit der muslimischen Welt suchen und nicht in einem Generalverdacht den Islam verurteilen. Die meisten unserer islamischen Mitbürger und Mitbürgerinnen wollen in Frieden mit uns leben. Das wir hier von beiden Seiten noch auf dem Weg sind, stelle ich nicht in Abrede. Das Land Hessen hat ein Netzwerk gegen Gewalt eingerichtet, um Jugendliche, die aus den Fängen extremistischer Gruppen entkommen wollen zu unterstützen oder Familien, deren Kinder nach Syrien gereist sind. Die Jugendlichen müssen ihre Identität in



unserer Gesellschaft finden, um nicht für die Rattenfänger-Methoden der IS oder Radikaler anfällig zu sein.

Es gibt eine Menge zu tun.

Am wichtigsten jedoch ist, nicht in lähmende Angst zu verfallen sondern selbstbewusst für unsere Werte einzutreten.

Unsere Gedanken sind bei unseren Freunden in Frankreich. Amitié- Wir trauern mit Euch und stehen an Eurer Seite.

Eine andere Aufforderung an Sie habe ich noch : Gehen Sie am 6. Dezember wählen!

- Günter Schork zum Landrat, damit es dem Kreis mit ihm besser geht und
- Thies Puttnins-von Trotha zum Bürgermeister von Ginsheim - Gustavsburg, damit der politische Filz ein Ende hat.

Meine Stimme haben beide und ich drücke die Daumen für den Wechsel.

Sabine Bärle - Sorles



**Deutschland trauert mit Frankreich
Mitschnitt zum Statement von Bundeskanzlerin Angela Merkel**



Aktionsplan Flüchtlinge



Sabine Bächle-Scholz: „Hessen handelt entschlossen bei der Bewältigung der Flüchtlingslage“ - „Aktionsplan ist wichtiger Schritt zur Integration und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“

„Wir stehen für den Zusammenhalt in unserem Land. Die Rechts- und Werteordnung unseres Landes, seine Kultur, seine Geschichte und seine Traditionen sind das Fundament, auf dem wir gemeinsam die Zukunft gestalten wollen. Gemeinsam entschlossen zu handeln, das leitet uns auch im Umgang mit der aktuellen Flüchtlingslage, die uns vor die größten Herausforderungen seit Jahrzehnten stellt“, sagte die CDU-Fraktionsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz. „Hessen handelt entschlossen. Der vorgestellte **Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts** ist ein weiterer wichtiger Schritt, den vor uns liegenden Herausforderungen zu begegnen“, sagte Bächle-Scholz angesichts des von Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vorgestellten Maßnahmenpaketes, das zuvor in den Fraktionen von CDU und GRÜNEN beschlossen worden war.

„Sicherheit, Bildung und Integration sowie die Unterstützung von Kommunen und Ehrenamtlichen sind die zentralen Themenfelder des Aktionsplans“, ergänzte Frau Bächle-Scholz. Bei weiterhin hohen Zugangszahlen sei es erste Pflicht, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Die Unterbringung der Asylsuchenden sei eine humanitäre Aufgabe und sie liege im ureigensten Interesse der Bevölkerung, um ungeordnete Zustände zu vermeiden. „Mit 607 neuen Stellen werden wir dafür sorgen, dass eine zügige Registrierung ankommender Personen, ihre medizinische Erstversorgung, die Sicherheit und eine soziale und psychologische Betreuung weiterhin gewährleistet werden“, hob die CDU-Politikerin hervor.

„Wir nehmen die Sorgen der Bevölkerung sehr ernst. Wir reden daher nicht nur, sondern wir handeln: Sicherheit und Ordnung sind Grundvoraussetzungen, damit die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und der Frieden im Land gewahrt bleiben.

Nochmals 150 neue Polizeivollzugsstellen werden mit dem Aktionsplan zusätzlich zu den bereits im Haushaltsentwurf geplanten 50 Stellen geschaffen. Hinzu kommen weitere 100 neue Stellen bei der Wachpolizei. Außerdem stocken wir den Verfassungsschutz personell auf und erhöhen die Mittel für die Extremismusbekämpfung deutlich“, betonte Sabine Bächle-Scholz.

Die Integration werde ein Schlüssel auch für die Sicherheit sein. „Nur wer unsere Sprache spricht, die Rechts- und Werteordnung unseres Landes kennt und achtet, wird sich erfolgreich integrieren können“, so Bächle-Scholz. Die Unterstützung ehrenamtlicher Hilfsstrukturen, die gezielte Förderung des Deutschlernens schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in den Kindergärten und Schulen stehen damit ebenfalls im Zentrum des Maßnahmenpaketes. „Wir nehmen sehr viel Geld in die Hand, um mit einem Bündel an Maßnahmen die Integration zu fördern und insbesondere Deutschkenntnisse zu verbessern“, lobte die CDU-Politikerin. Bildung geht nicht ohne Personal. 600 bis 700 neue Stellen seien deshalb allein im Schulbereich vorgesehen.

Flüchtlinge mit Bleibeperspektive sollten zügig selbst zum Lebensunterhalt beitragen. „Das entlastet die öffentlichen Haushalte, es schließt idealerweise eine bestehende Nachfrage der Arbeitgeber und es ist ein Beitrag zu Integration und Sicherheit“, betonte Bächle-Scholz. „Mit einem Landesprogramm zur Ausbildungsplatzförderung haben wir die vielen jungen Menschen im Blick, die zu uns kommen und gewillt sind zu arbeiten und auf eigenen Füßen zu stehen.“ Geeignete Maßnahmen seien aber auch für Studenten und Erwachsene vorgesehen.

Die Erhöhung der Pauschalen, die das Land den Kommunen für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlt, werde die **Kommunen weiter entlasten. „Mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich, mit einem Rekordwert von über 4,3**

Milliarden Euro im Jahr 2016, haben wir bereits die Weichen zugunsten der Kommunen gestellt. Hinzu kommt das **Kommunale Investitionsprogramm**, das das Land aktuell aufsetzt: Über eine Milliarde Euro werden über dieses Programm den Städten, Landkreisen und Gemeinden für Zukunftsinvestitionen in den Kommunen zur Verfügung gestellt. Das ist ein gigantisches Konjunkturprogramm. Allein 230 Millionen Euro stehen darüber für den Wohnungsbau zur Verfügung. Bis zum Jahr 2019 werden mindestens 10.000 Wohnungen für 30.000 Menschen gefördert. Das ist eine starke Antwort auf die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt“, machte Bächle-Scholz deutlich.

Mit dem Aktionsplan stellen wir zusätzlich rund 500 Millionen Euro bereit, insgesamt damit für 2016 über eine Milliarde Euro. „Damit legen wir die Grundlage für eine erfolgreiche Integration, für den Zusammenhalt, für Sicherheit und Ordnung in unserem Land. Das ist ein enormer Kraftakt, den wir aufgrund der konjunkturellen

Lage stemmen können. Wir wissen um die Risiken, wenn die Zahl der Zuwanderer weiter steigt oder sich die wirtschaftliche Situation eintrübt. Dennoch halten wir an der verfassungsmäßigen Schuldenbremse fest, die vorsieht, ab dem Jahr 2020 grundsätzlich ohne strukturelle Netto-Neuverschuldung auszukommen. Und wir unterstützen die Bundesregierung in ihren Bemühungen, durch Änderungen des Ausländerrechts und Straffung von Verfahren die Zuwanderung zu begrenzen“, betonte Sabine Bächle-Scholz und dankte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel für enormes Engagement, durch Verhandlungen auf europäischer und auf internationaler Ebene, den Schutz der europäischen Außengrenze und die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsgebieten wirksam zu verbessern.

Den „Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ finden Sie unter: <http://cdulink.de/aktionsplan>

Asyl- und Flüchtlingspolitik auf einen Blick

Maßnahmen der Bundesregierung

Das Asylrecht erfährt durch die Beschlüsse von Bundesrat und Bundestag die stärkste Verschärfung seit 20 Jahren. Diese Änderungen tragen maßgeblich die Handschrift der CDU:

- Die Staaten des Westbalkans gelten künftig als **sichere Herkunftsländer**. Wer von dort kommt, durchläuft ein verkürztes Verfahren.
- Wer **nicht schutzbedürftig** ist, muss Deutschland verlassen; entweder durch freiwillige Ausreise oder notfalls durch Abschiebung. Hier stehen die Länder in der Pflicht.
- Für vollziehbar Ausreisepflichtige werden die **Leistungen** auf das unabdingbar Notwendige **beschränkt**.
- In den Erstaufnahmeeinrichtungen soll es **mehr Sach- als Geldleistungen** geben. Geldbeträge dürfen maximal für einen Monat im Voraus ausbezahlt werden.

Hilfen für Länder und Kommunen

- Für 2015 werden **Länder und Kommunen** um 2 Milliarden Euro **entlastet**.
- Ab 2016 unterstützt der Bund die Länder mit 670 Euro pro Asylbewerber im Monat.

Bessere Integration bei Anerkennung

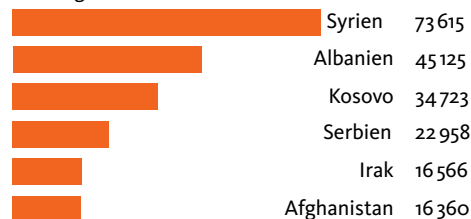
- **Integrationskurse** werden für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und für Geduldete geöffnet.
- Integrationskurse und berufsbezogene Sprachkurse werden besser vernetzt.

Anreize für freiwillige Hilfen

- Beim **Freiwilligendienst** des Bundes werden bis zu **10 000 zusätzliche Stellen** eingerichtet.
- Die **steuerliche Anrechnung von Spenden für Flüchtlinge** wird erleichtert.

Wichtige Daten und Fakten

- Weltweit sind über 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Allein im Bürgerkrieg in Syrien sind es 12 Millionen Menschen.
- Aus folgenden Staaten stammen bisher die meisten Asylsuchenden 2015:



(Quelle: BAMF, Stand: September 2015)

- Als Flüchtlinge werden anerkannt:



(Quelle: BAMF, Stand: August 2015)

- Deutschland nimmt in der EU die meisten Flüchtlinge auf. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl liegt Deutschland auf Platz 4 – hinter Ungarn, Österreich und Schweden. (Stand: 2. Quartal 2015)

www.cdu.de

Herausgeber: Konrad-Adenauer-Haus | Marketing und Kampagnen
Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | www.cdu.de/kontakt

Stand: Oktober 2015

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Unterbringung und Versorgung

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) sind Kinder und Jugendliche, die aus Krisengebieten der ganzen Welt ohne Personensorgeberechtigte oder ausweislich legitimierter Erwachsener in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und bei der Einreise das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Sie fallen unter den Schutz der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Unabhängig von Herkunft, Religion und Geschlecht haben sie dieselben Rechte wie Deutsche nach dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe).

Kommt ein Flüchtling, der nach Selbstauskunft unbegleitet und minderjährig ist und dies hinlänglich glaubhaft machen kann, in Kontakt mit einer deutschen Behörde oder Einrichtung (i.d.R. Polizei, Jugendamt, Ausländerbehörde, Aufnahmeeinrichtung), so ist unverzüglich das örtlich zuständige Jugendamt zu benachrichtigen. Im Einzugsbereich der beiden Jugendämter Gießen und Frankfurt am Main sind die beiden dort befindlichen Clearingstellen zuständig.

Das Jugendamt bzw. die Clearingstelle prüft das angegebene Alter sowie den Jugendhilfebedarf und verfügt ggf. die Inobhutnahme. In Hessen wird regelhaft ein Clearingverfahren nach den Vorgaben des Erlasses des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration vom 17.06.2008 durchgeführt. Dies geschieht entweder durch die beiden Clearingstellen und die dortigen Aufnahmeeinrichtungen für umF in Gießen (St. Stephanus) und Frankfurt am Main (Valentin-Senger-Haus) oder in einer Jugendhilfeeinrichtung im Rahmen der Inobhutnahme durch ein anderes zuständiges Jugendamt vor Ort. Die Aufnahmeeinrichtungen für umF sind auf die spezifischen Bedürfnisse von unbegleiteten minderjährigen

Flüchtlingen eingerichtet. Die meisten umF in Hessen werden auch dort untergebracht.

Bis zur Bestellung eines Pflegers oder Vormunds und einer etwaigen Asylantragstellung wird eine vorläufige Unterbringung und Betreuung sichergestellt. Clearingstellen haben die Aufgabe, eine speziell auf die Situation des Minderjährigen zugeschnittene erste Hilfestellung zu leisten, den weitergehenden Hilfebedarf abzuklären und die entsprechenden Hilfen zu vermitteln. In Hessen werden beim zuständigen Familiengericht nicht nur die Bestellung eines Vormunds sondern auch die Bestellung eines Ergänzungspflegers (Rechtsanwalt) für den Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts beantragt, da der überwiegende Teil der umF einen Asylantrag stellt.

Nach Beendigung des Clearingverfahrens und der Inobhutnahme werden die Jugendlichen hessenweit auf die jeweiligen Gebietskörperschaften nach einem festgelegten Quotensystem verteilt und in verschiedenen - meist spezialisierten - Jugendhilfeeinrichtungen weiter betreut. Sie erhalten Hilfe zur Erziehung, die vom Sorgeberechtigten beantragt wird und auch über die Volljährigkeit hinaus gewährt werden kann (Hilfe für Volljährige). Die Kostenerstattung erfolgt im Regelfall gemäß § 89 ff. SGB VIII durch einen überörtlichen Kostenträger. Hierfür ist die wirtschaftliche Jugendhilfe beim örtlichen Jugendamt zuständig.

Den hessischen Jugendämtern, die umF betreuen, wird auf Antrag für die Aufgabenerfüllung in den Bereichen Amtsvormundschaft und Sozialer Dienst eine finanzielle Unterstützung seitens des Hess. Ministeriums für Soziales und Integration gewährt.



Maßnahmen für Asylbewerber über 16 Jahren

Gemeinsam mit dem Kultusministerium entwickelt das Sozialministerium ein Konzept für die Integration junger Flüchtlinge und Zuwanderer, die zum Zeitpunkt der Einreise älter als 16 Jahre sind und somit nicht mehr der Vollzeitschulpflicht unterliegen.

Übergang Schule und Beruf optimieren

Diese Jugendlichen bilden eine besondere Risikogruppe, da das Zeitfenster für eine Überleitung in eine qualifizierte Schul- oder auch Berufsbildung ausgesprochen klein ist. Die Fördermaßnahmen für diese Zielgruppe müssen deshalb ganz gezielt an der Kompensation des Hauptdefizits der fehlenden Deutschkenntnisse in Kombination mit einer sozialpädagogisch orientierten Netzwerkarbeit ansetzen, damit der Übergang Schule und Beruf optimiert werden kann.

Entsprechend wird es künftig auch für diese Jugendlichen eine passgenaue sprachliche Intensivförderung geben, wie sie bereits denjenigen

jungen Flüchtlingen und Zuwanderern bereit gestellt wird, die noch vollzeitschulpflichtig sind und somit in den Intensivklassen der allgemeinbildenden Schulen unterrichtet werden. Hervorgehobenes Ziel ist in den allgemeinbildenden Schulen, schnellstmöglich die für den weiteren Werdegang notwendige Kompetenz in der deutschen Sprache zu erlangen.

Systemisch ausgerichtetes sozialpädagogisches Angebot

Der vom Kultusministerium bereit gestellte unterrichtliche Teil des Angebotes für diese Zielgruppe wird durch ein systemisch ausgerichtetes sozialpädagogisches Angebot des Sozialministeriums unterstützt. Hierin werden standortbezogen (an ausgewählten Berufsschulen) die sozialpädagogischen Maßnahmen wie auch die Aufgabe der Koordination der Netzwerkarbeit gefördert.

„Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und gegebenenfalls Förderung zur beruflichen Integration zur Verfügung gestellt werden.“

Auszug aus dem Koalitionsvertrag CDU und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN



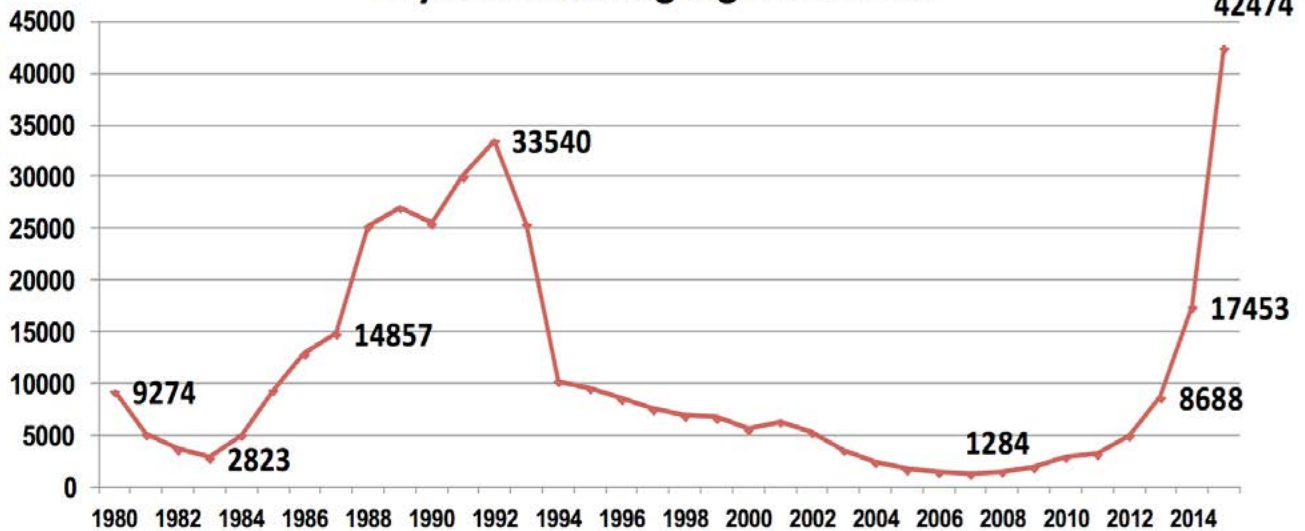
Entwicklung der Flüchtlingszahlen

Regierungspräsidium Gießen



Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen (EASY-Statistik)

Asylbewerberzugänge in Hessen

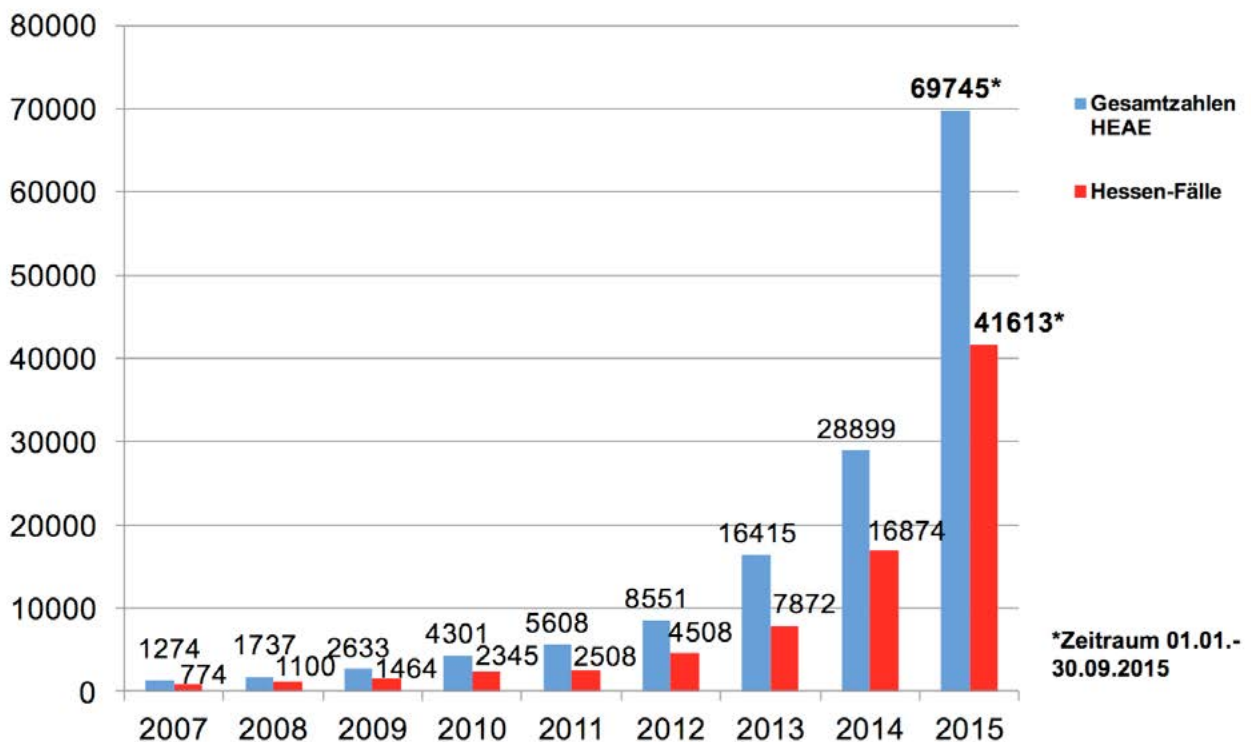


Januar - September 2015: 42.474

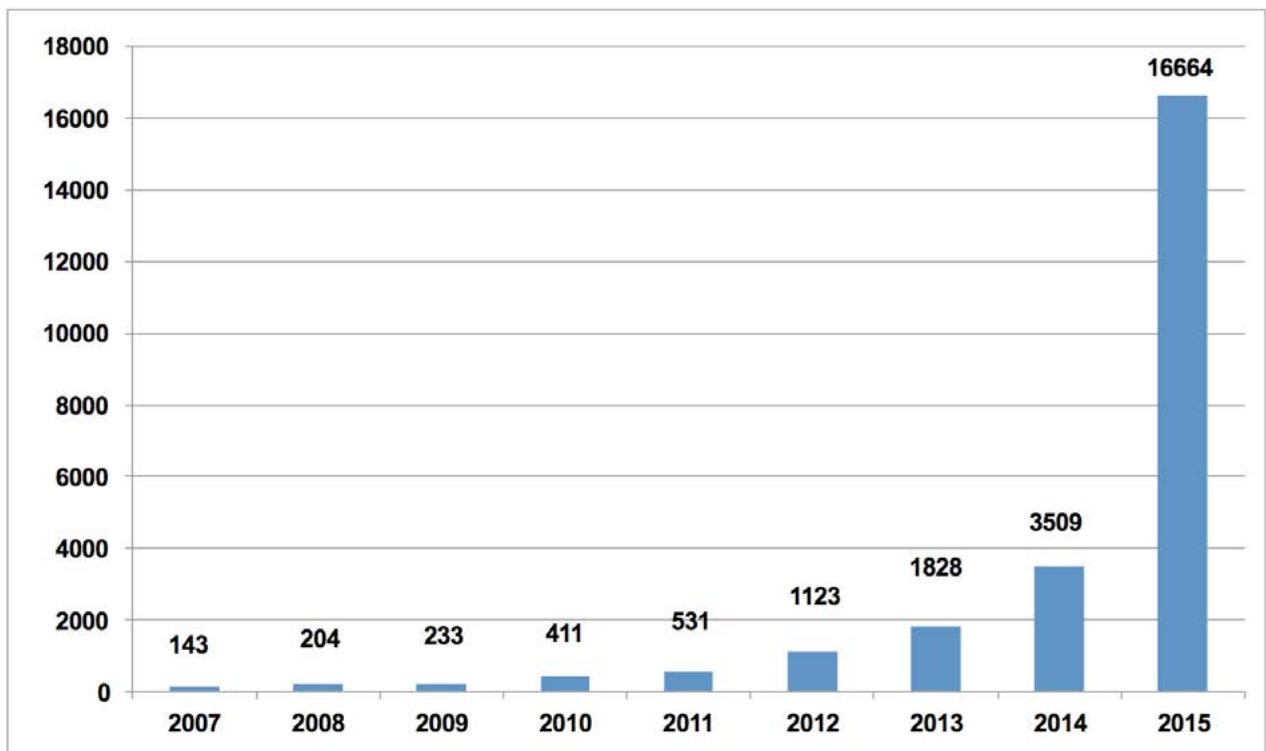
Regierungspräsidium Gießen



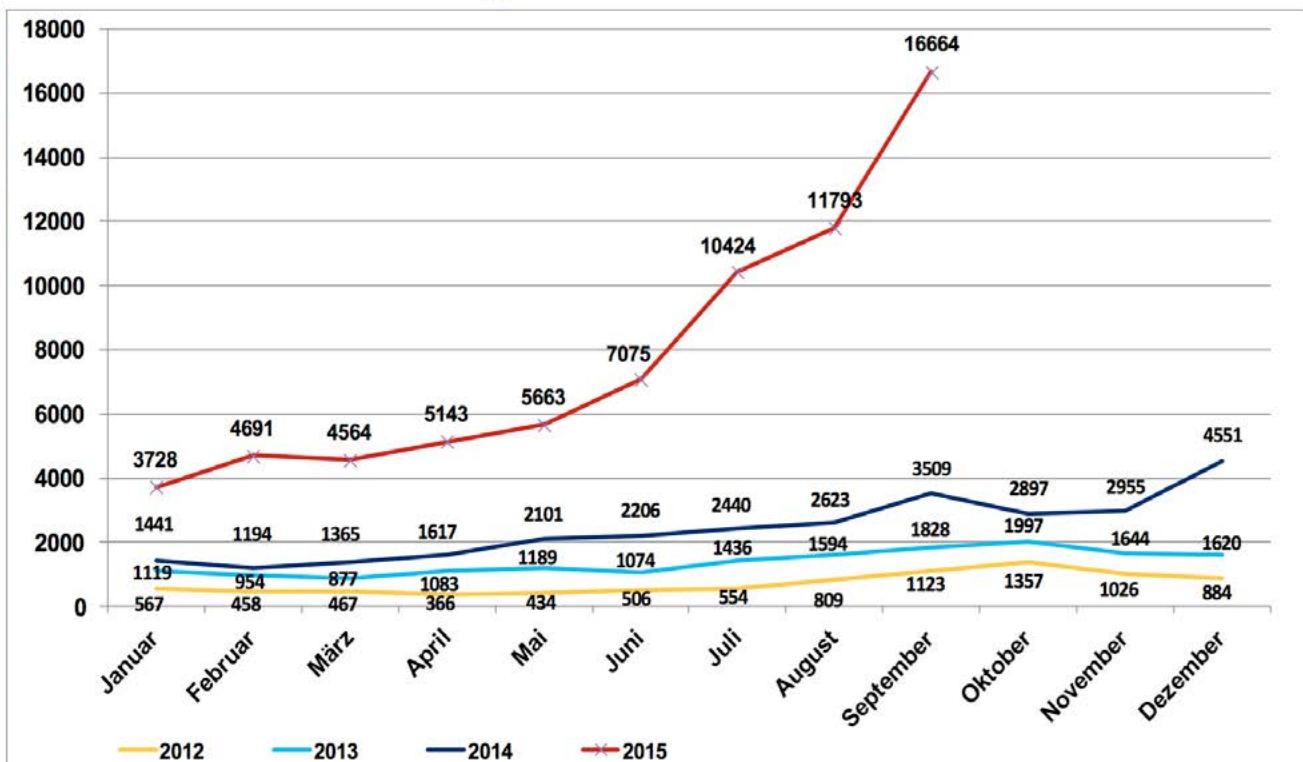
Jährliche Asylbewerberzahlen von 2007 bis 2015



Flüchtlingszahlen im September von 2007 bis 2015

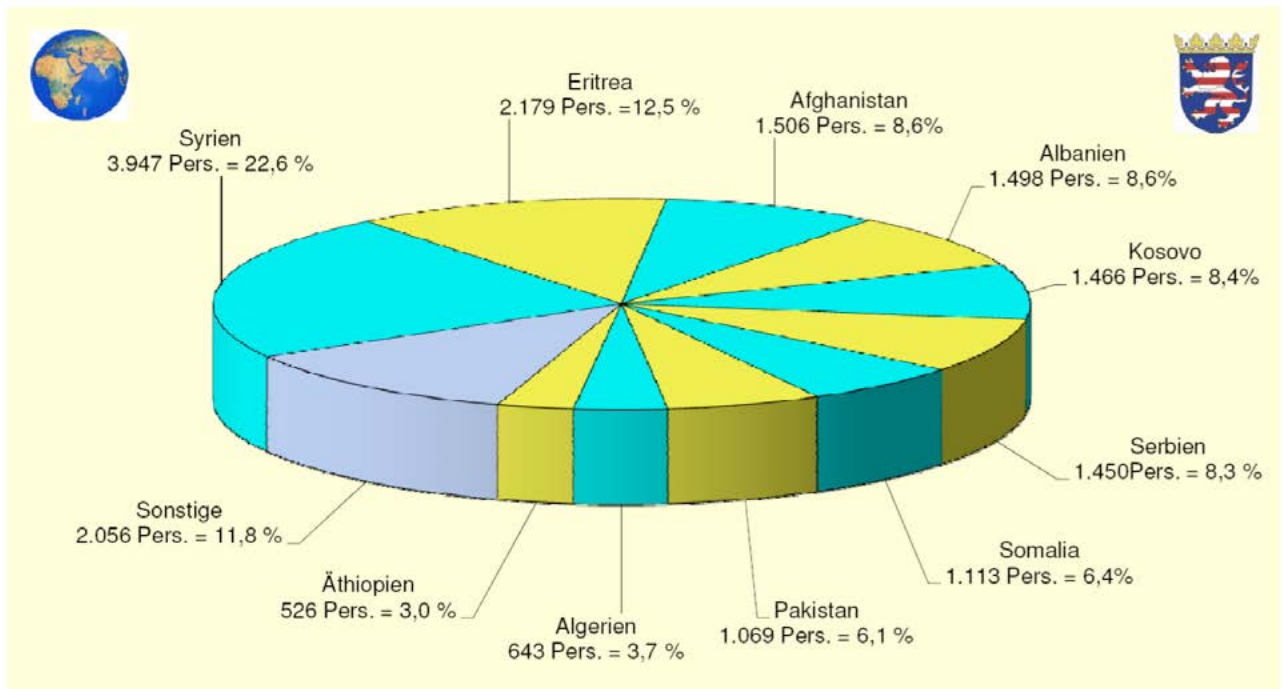


Entwicklungen im Überblick Monatliche Flüchtlingszahlen in der HEAE Gießen



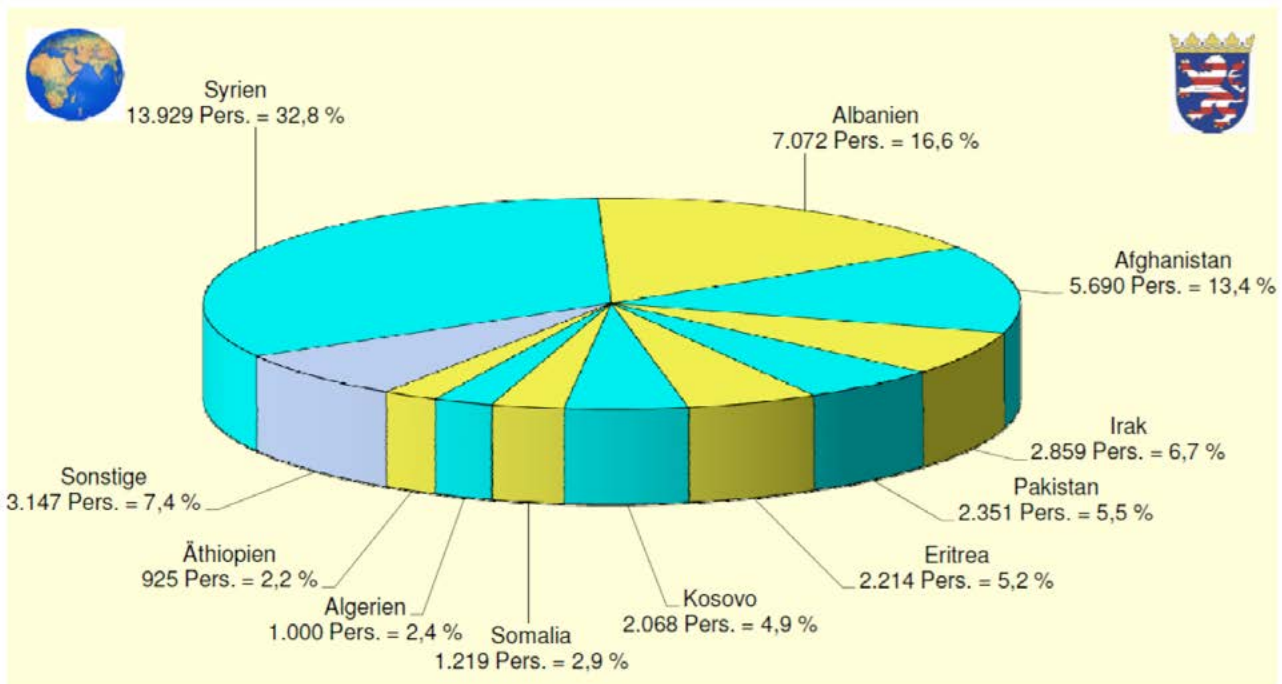
Top-Herkunftsländer in Hessen 2014

Quelle: RP Darmstadt



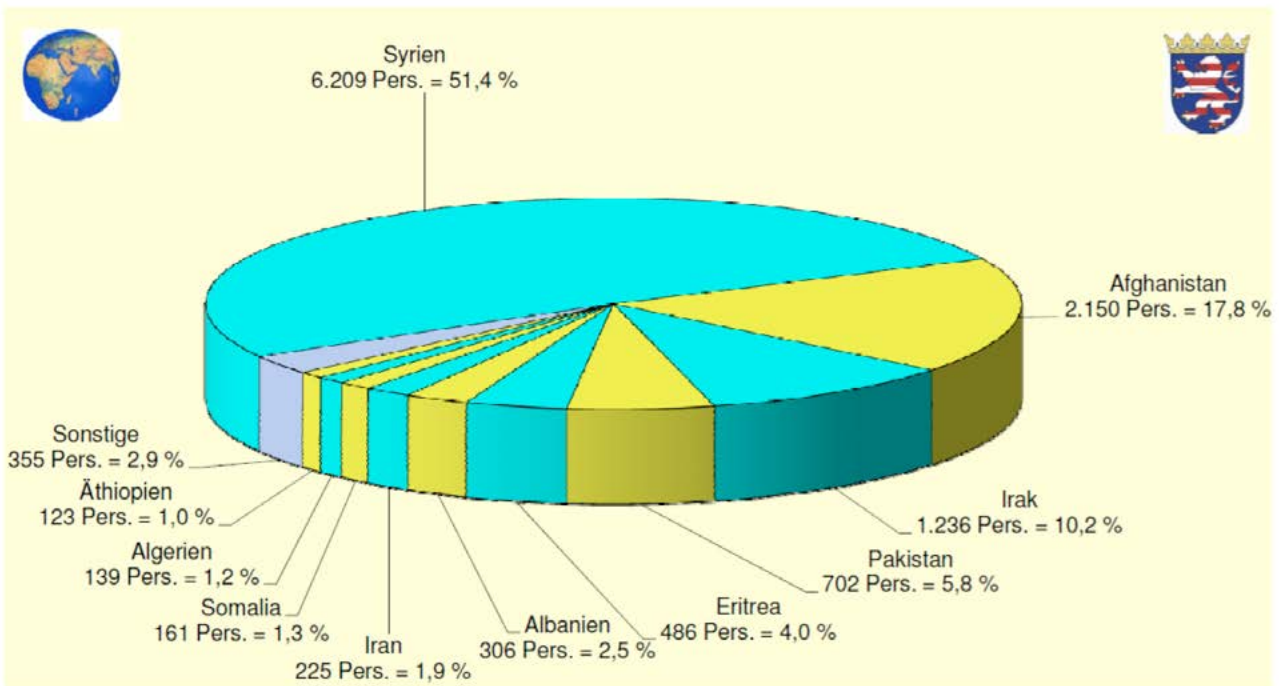
Top-Herkunftsländer in Hessen: Januar bis September 2015 (gesamt: 42.474)

Quelle: RP Darmstadt

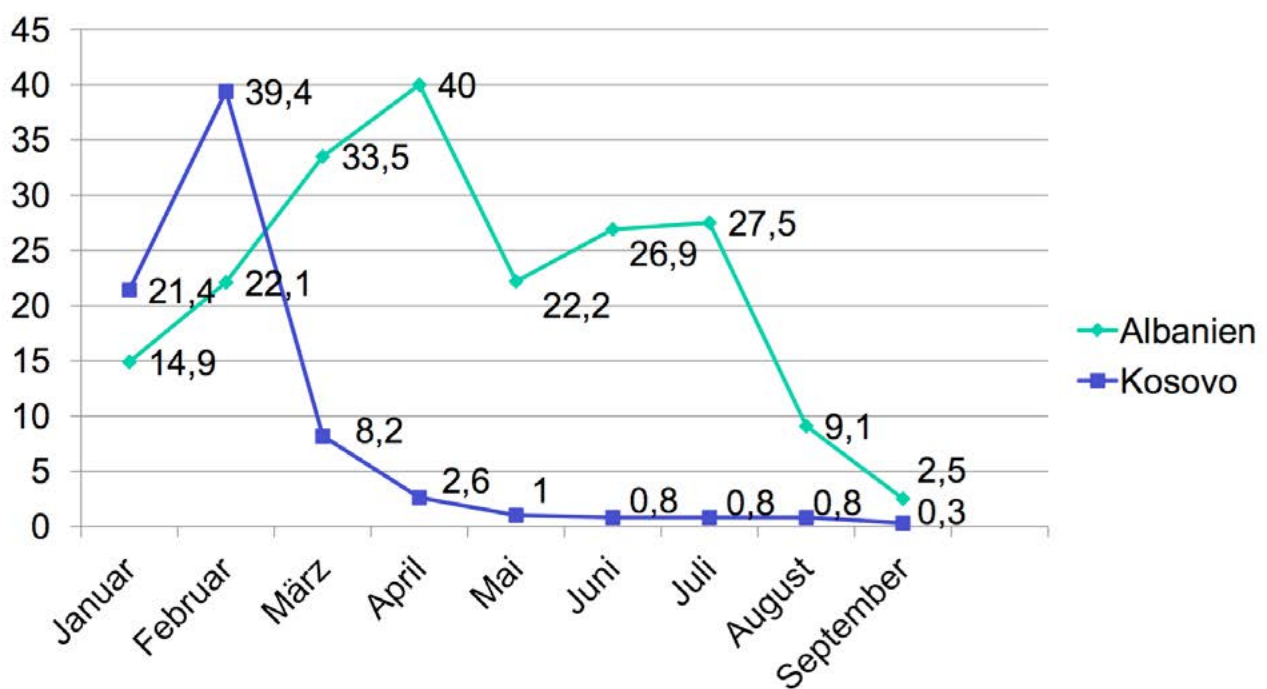


Top-Herkunftsländer in Hessen: September 2015 (gesamt: 12.092)

Quelle: RP Darmstadt



Entwicklung der Zugänge aus den Balkanländern im Jahr 2015 in Prozent



Impressionen aus dem Wahlkreis



CDU Bischofsheim bei den Neuwahlen zum CDU-Vorstand am 29.10.2015



2. Verlegung der Stolperstein in Nauheim am 09.11.2015



CDA-Bundestagung mit Freunden aus Rüsselsheim Gudrun Ritzen und Gerald Weiß in Berlin am 07.11.2015



Gespräch des CDU Arbeitskreis Soziales im Kreistag GG mit der neuen Jugendkoordinatorin des Polizeipräsidiums Rüsselsheim Frau Edler und dem Polizeijugendkoordinator für Südhessen, Herrn Färber am 05.11.2015



CDA-Bundestagung in Berlin mit Ingrid Sehrbrock am 07.11.2015



Delegation aus Hessen bei der CDA-Bundestagung in Berlin am 07.11.2015



Übergabe des Busses an das Hertha-Marx-Haus, WfB Rüsselsheim am 05.11.2015

Zukunftskonferenz der CDU-Deutschlands mit Dr. Angela Merkel am 02.11.2015





„Hessen feiert seine Partnerregion mit 20 Jahre – am 13. November um 21:30 Eltville am Rhein



Gratulation an Uwe Albert und seine Mannschaft zur Kommunalwahl in Kelsterbach“ 13.11.2015



Uwe Albert und der neugewählte CDU-Vorstand Kelsterbach am 13.11.2015



Gratulation an die CDU-Rüsselsheim: 70 Jahre CDU-Rüsselsheim am 11.11.2015



Vortrag zum Thema Generationengerechtigkeit bei der CDA am 15.11.2015



Kampagneauftakt des KFK : Ab jetzt entern die Piraten um Renate Lihl Nauheim am 15.11.2015



Kampagneauftakt der schwarzen Elf Rüsselsheim: Das Raumschiff ist gelandet.



Bundesdelegiertentag der Frauenunion in Kassel 26.09.15



Günter Schork im Gespräch



Günter Schork im Gespräch mit den Bürgermeistern in Ginsheim-Gustavsburg am 27.11.2015



„Entspurt-Veranstaltung zur Bürgermeisterwahl mit dem Landratskandidaten Günter Schork und unseren Bürgermeistern im Kreis Groß-Gerau am 17.11.2015



„Podiumsdiskussion zur Bürgermeisterwahl in Ginsheim-Gustavsburg am 17.11.2015“



„Jahreshauptversammlung in Ginsheim-Gustavsburg-Zuspruch für den Bürgermeisterkandidaten- am 20.11.2015“



„Vorlesetag in der Kita Schulstraße mit Staatssekretär Ingmar Jung in Bischofsheim am 18.11.2015“



Der neugewählte CDU-Vorstand in Nauheim am 20.11.2015



**Neu gewählter CDU-Vorstand
Ginsheim-Gustavsburg am
21.11.2015**



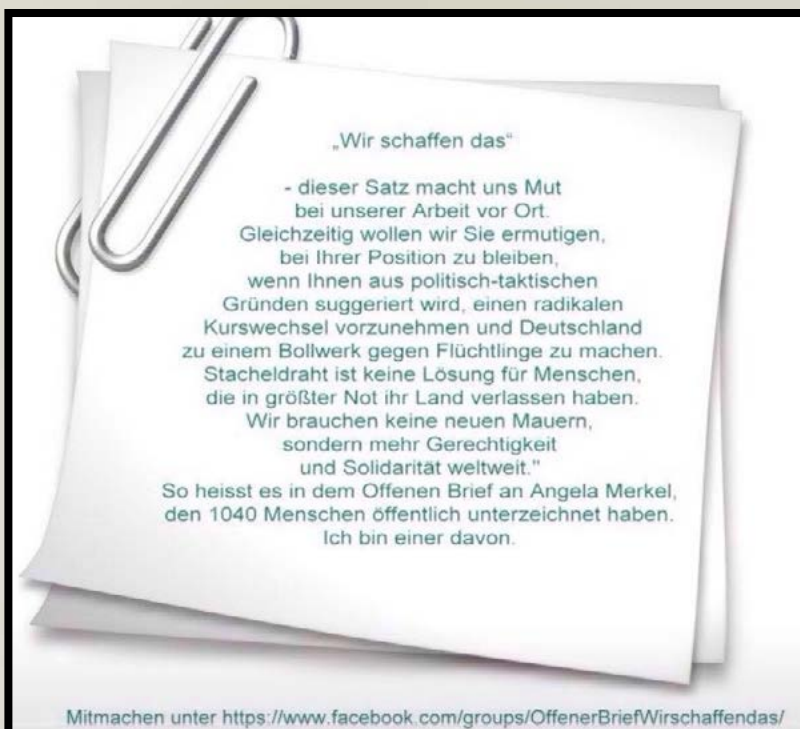
**Auszeichnung für TUN e.V. am
20.11.2015**



**Reste der Geburtstagstorte des 70 Geburtstags
der CDU-Hessen- Hüttenabend- am 21.11.2015**



**Gesundheitstage in Rüsselsheim
am 20.11.2015**



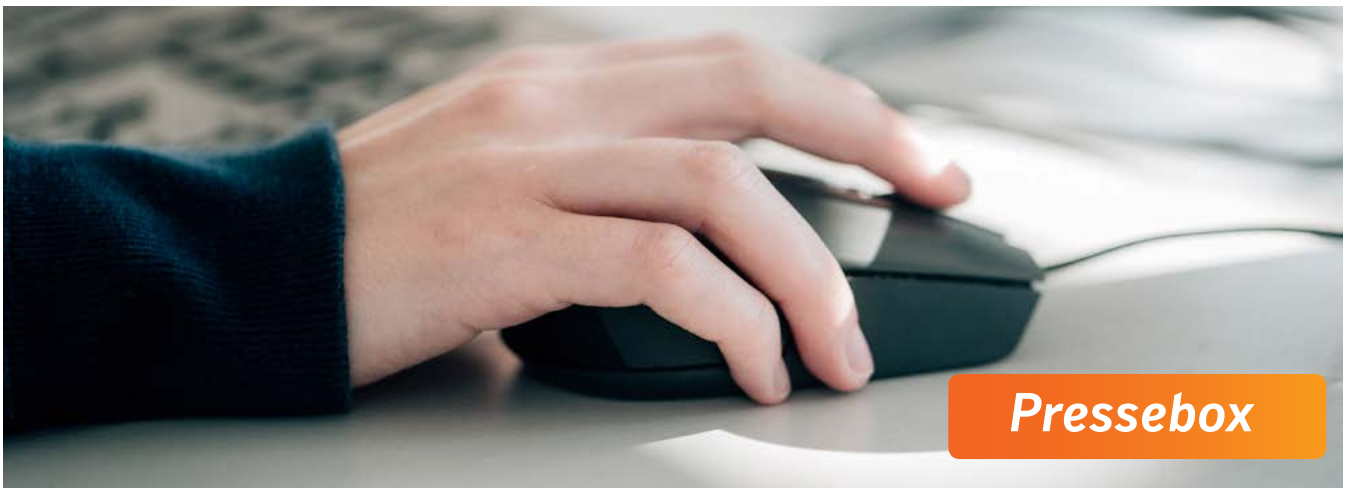


*Immer ein Lichtlein mehr
im Kranz, den wir gewunden,
dass er leuchte uns so sehr
durch die dunklen Stunden.*

*Zwei und drei und dann vier!
Rund um den Kranz welch ein Schimmer,
und so leuchten auch wir,
und so leuchtet das Zimmer.*

*Und so leuchtet die Welt
langsam der Weihnacht entgegen.
Und der in Händen sie hält,
weiß um den Segen!*

(Hermann Claudius)



Pressebox

Endspurt im Bürgermeisterwahlkampf in Ginsheim-Gustavsburg

weiter...

Jahreshauptversammlung der CDU-Bischofsheim

weiter...

**Wählen
gehen!**



**AM
06
DEZ**



Thies Puttnins-von Trotha

Zum Bürgermeister von Ginsheim - Gustavsburg



Mehr Informationen unter:
www.der-kandidat.de
<https://www.facebook.com/derkandidat.de>

Günter Schork

zum Landrat für den Kreis Groß-Gerau



**Interview
zum
Kreiskrankenhaus**



Mehr Informationen unter:
www.gemeinsam-besser-mit-guenter-schork.de
<https://www.facebook.com/GuenterSchork2015>